

Minister will sich die Richtung geben lassen

Von unserem Redaktionsmitglied
Michael Seidel

Große Strukturvorhaben sorgen regelmäßig für Konflikte. Das Schweriner Verkehrsministerium setzt nun auf frühestmögliche Bürgerbeteiligung.

SCHWERIN/WAREN. Sein persönlicher „Urknall“ war eine Brücke. Eine Hubbrücke aus Stahlfachwerk in Schwaan (Landkreis Rostock). So marode, dass jede Niete hätte erneuert werden müssen, sagt Volker Schlotmann (SPD). Der Energie- und Infrastrukturminister erinnert sich an heftige Bürger-Debatten. Doch die endeten in der Sackgasse: Eine Grundsanierung wie auch ein Ersatzbau hätten den Denkmal-Status gekostet, so dass alle Kosten beim Land hängen geblieben wären. „Da biss die Maus keinen Faden ab.“ Schlotmann entschloss sich zu einem bis dato einzigartigen Vorgehen: Die Bürger der Stadt sollten selbst entscheiden, welche Brücke es sein sollte. Er ließ seine Fachleute Varianten erarbeiten: Hinsichtlich Trassenführung wie auch Ausgestaltung – „und wir klebten an alle Varianten ein Preisschild“. Die Bürgerinitiative für den Erhalt der Denkmal-

Brücke ließ zwar kein gutes Haar an der letzten Entscheidung. Doch Schlotmann resümiert: „Die Mehrheit der Bürger entschied sich für eine neue Brücke, der Steuerzahler wird nicht mehr als nötig in Anspruch genommen, und ich habe seither kaum noch Kritisches aus Schwaan gehört. Weil es eine transparente Entscheidung war, welche Brücke man sich leisten will.“

Aus dieser Akzeptanz für ein von Beginn an mit Bürgerbeteiligung entwickeltes Infrastrukturvorhaben wuchs eine Grundsatzentscheidung: „Das machen wir jetzt immer so.“ Denn zahlreiche konfliktträchtige Vorhaben zeichnen sich ab: Windparks, neue Stromtrassen, Ortsumgehungen. Für derart große Projekte, deren Sinn nicht immer so offenkundig ist, dass Betroffene sie sofort akzeptieren, gibt es keine „Matrix“. Das Land beschreitet Neuland. Deshalb holte sich das Ministerium mit der Bertelsmann-Stiftung einen Partner ins Boot, der den Prozess methodisch berät und wissenschaftlich begleitet.

Erster Praxisfall: die Ortsumgehung Waren/Müritz. „Die Warener haben die Chance, von Beginn an mitzuentscheiden: Wo entlang soll



Volker Schlotmann: Das machen wir jetzt immer so. FOTO: DPA

sie führen, wie aufwändig soll der Bau werden, wollen die Bürger angesichts der Möglichkeiten am Ende überhaupt die Ortsumgehung? Das Verfahren ist angelaufen.

Das Haupt-Vorhaben aber, an dem sich die frühe Bürgerbeteiligung beweisen soll, ist das Landes-Energiekonzept. Vier Regionalkonferenzen fanden statt. Rund 600 Teilnehmer waren dabei, ungefähr die Hälfte nach Zählung des Ministeriums „echte Bürger“, die andere Hälfte „in irgendeiner Weise organisiert“, also Vereine, Verbände, örtliche Firmen. Die erste Landesenergie-Konferenz in Neustrelitz versuchte Ende September, die Ergebnisse der Regionalkonferenzen zu



Waren braucht dringend eine Ortsumgehung für die Bundesstraße. Bei der Entscheidungsfindung sollten die Bürger so früh als möglich eingebunden werden. FOTO: UDO ZANDER

„verdichten“. Im Oktober sollte ein „Landesenergiebeirat“ zusammentreten und aus den gesammelten Erkenntnissen konkrete Vorschläge für das Landeskonzept formulieren, das Schlotmann dann bis Mitte 2013 dem Kabinett vorlegen will. „Dabei kann etwas völlig anderes herauskommen, als wir uns im Ministerium zu Beginn gedacht hatten“, betont Schlotmann. „Ich würde eine so gewachsene Entscheidung akzeptieren, selbst wenn sie meiner Meinung widerspricht.“

Der Prozess selbst jedoch ist konfliktbeladen. Nach den ersten Bürgerversammlungen hagelte es prompt Kritik: Es seien ja gar keine „echten“ Bürger dabei, moserten die

einen. Die anderen klagten über zu wenig fachliche Impulse. „Aber sind Mitglieder einer BI keine Bürger?“, kontert Schlotmann.

Die Krux: Beteiligung erfordert ein grundlegend neues Herangehen. Schwer, dies in Behörden durchzusetzen. Genauso schwer aber offenbar, dass Umwelt- wie auch Wirtschaftsverbände, Kreisverwaltungen und auch Medien diesen neuen Ansatz mitvollziehen und entsprechend anders denken und handeln.

Ein Risiko liegt allerdings darin, dass jede so gewachsene Entscheidung am Ende noch die regulären Genehmigungsverfahren bestehen muss. „Darin liegt eine gewisse Gefahr, dass hohe Erwar-

tungen aus dem Beteiligungsverfahren durch gesetzliche Schranken enttäuscht werden“, räumt der Minister ein. „Aber andererseits bietet sich die Chance, durch rechtzeitige Berücksichtigung aller denkbaren Einwände diese Prüfverfahren, die heute durch zahlreiche Klagen in die Länge gezogen werden, erheblich zu verkürzen.“ Das Verfahren verursacht den Behörden also mehr Aufwand, reduziert aber die Konflikte und Widerstände nach einer Entscheidung. „Wir sind selbst gespannt, ob sich dieser neue Ansatz durchsetzen wird“, bekennt der Minister.

Kontakt zum Autor
m.seidel@nordkurier.de